

Resolution gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

Für eine Stärkung demokratischer Strukturen und der Zivilgesellschaft,
für einen offensiven Umgang mit den Rechtsextremisten im Landtag

Die NPD in Sachsen hat zur Landtagswahl im September 2004 fast so viele Sitze errungen wie die SPD. Und auch die Brandenburger DVU, schon 1999 mit 5,3% den Einzug in den Landtag aus dem Nichts heraus schaffte, ohne präsenste Köpfe, ohne wirkliche Inhalte, ohne Konzepte und nur durch flächendeckende Plakatierung, konnte einen Zugewinn verzeichnen und erreichte jetzt 6,1%.

Auch Brandenburg ist ein Bundesland, in dem Übergriffe mit rechtsextremem Hintergrund an der Tagesordnung sind und dem Gros der Bevölkerung sowie den Medien kaum mehr als ein Schulterzucken entlocken. Dass hier 60 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und 15 Jahre nach der demokratischen Revolution in Ostdeutschland Personen in den Kommunal- und Landesparlamenten vertreten sind, die die deutsche Kriegsschuld, die deutschen Kriegsverbrechen und die deutschen Völkermorde leugnen, dem neonazistischen Menschen- und Gesellschaftsbild anhängen und antisemitische Propaganda betreiben, ist und bleibt für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unerträglich.

Die rechtsextremen Wahlerfolge bedeuten eine Niederlage für alle Demokratinnen und Demokraten. Aus ihnen spricht ein grundsätzlicher Vertrauensverlust in die Problemlösungsfähigkeit des demokratischen Systems, sie sind ein Angriff auf die grundlegenden Werte von Freiheit und Gleichheit aller Menschen.

Der aktuelle Plan von DVU und NPD, zur Bundestagswahl 2006 gemeinsam anzutreten, kündigt von einer neuen Dimension rechtsextremer Politik in der Bundesrepublik: Bislang in verschiedenen Grüppchen und heillos zerstritten agierend, besinnt sich die neue Rechte jetzt offensichtlich auf die Kraft des Gleichschritts.

Wider die Protestwahl-These!

Die Wahlerfolge der DVU und der NPD in Sachsen dürfen nicht nur als ‚Protestwahl‘ verharmlost werden, auch wenn ProtestwählerInnen zu diesen Wahlerfolgen beigetragen haben. Die Protestwahl-These übersieht die Einstellungen, die hinter der bloßen Wahlentscheidung stehen. Neuere Wahlforschung kommt zu dem Schluss, dass ökonomische Benachteiligung und Unzufriedenheit mit Politikerinnen und Politikern erst auf Grundlage eines rechtsextremistisch-autoritären Weltbildes zur Wahlentscheidung für rechtsextremistische Parteien führt. In Sachsen sind offenbar seit den letzten Wahlen 1999 regelrechte WählerInnen-Milieus geschaffen worden, ganz besonders in den Regionen, in denen die soziokulturelle Basis und die Vorfelddarstellung der Neonazis lagen, in denen Angebote der Jugendhilfe rar sind oder

gänzlich fehlen und in denen die Anzahl der Übergriffe auf AusländerInnen und Nicht-Nazis am höchsten ist.

Versagen gegen rechts

Teilweise ist es den Rechtsextremen gelungen, die öffentliche Duldung und Anerkennung ihrer Einstellungen und Strukturen zu erreichen. Dass dies geschehen konnte, war ohne das Versagen der demokratischen Mitte der Gesellschaft nicht möglich. Zu den Opfern rechtsextremer und rassistischer Gewalt gehören insbesondere Angehörige von Minderheiten, wie z.B. MigrantInnen, Flüchtlinge, Obdachlose, Menschen jüdischen Glaubens, Homosexuelle und alternative Jugendliche - alles Gruppen, die oft genug auch von Teilen der Politik aus der Gesellschaft ausgegrenzt werden und Diskriminierungen ausgesetzt sind. Rassistisch motivierte Gewalttäter erfahren nicht die notwendige kategorische Ablehnung: Viele Menschen stehen ihnen gleichgültig gegenüber oder äußern gar heimliche Zustimmung. Rassismus, ob latent oder gewalttätig, braucht Feindbilder. Rechtsextremismus ist also ein Problem, dessen Rahmenbedingungen durch die ganze Gesellschaft gesetzt werden. Wir brauchen alle demokratischen Kräfte in dieser Gesellschaft für den gemeinsamen Kampf gegen Rechtsextremismus. Immer wieder ist festzustellen, dass ausländische Investoren vor Ansiedlung zurückschrecken, wenn sie feststellen, dass in der Region latent fremdenfeindliche Einstellungen in der Bevölkerung vorherrschen. Damit Brandenburg wieder eine Chance hat, sich wirtschaftlich zu entwickeln, brauchen wir alle demokratischen Kräfte. Deshalb müssen konsequent die rechtlichen Bedingungen zur Bekämpfung der Diskriminierung von Minderheiten verbessert werden, etwa durch ein Antidiskriminierungsgesetz. Die Bundesrepublik hat zahlreiche Richtlinien der EU in diesem Bereich noch nicht umgesetzt.

Demokratische Werte selbstbewusst verteidigen

Wer rechtsextremistische Einstellungen und Verhaltensweisen und damit auch Wahlerfolge dauerhaft zurückdrängen will, der muss die Rechtsextremisten als politische Herausforderung ernst nehmen. Solange sie nicht als fundamentale Angriffe auf die Demokratie als politisch-gesellschaftliche Leitidee begriffen werden, bleiben alle Gegenmaßnahmen im Vordergründigen stecken. Wer Rassismus und Antisemitismus dauerhaft das Wasser abgraben will, muss die Demokratie als gesellschaftliche Leitidee glaubwürdig, selbstbewusst und offensiv vertreten. Kein politisch-gesellschaftliches System kann die Freiheit und Gleichheit aller Menschen besser verwirklichen. Dies darf Kritik an den bestehenden Verhältnissen nicht ausschließen, aber wir sind überzeugt, dass bei der Lösung individueller und gesellschaftlicher Probleme demokratische Verfahren mit der Gewährleistung von Grund- und Menschenrechten allen anderen politischen Entscheidungssystemen überlegen sind.

Wir werden die Auseinandersetzung mit den Rechtsextremen in der Gesellschaft voran treiben und ihnen den öffentlichen Raum für ihre neonazistische Hetze nicht überlassen und auch nicht hinnehmen, dass rechtsextreme Demagogen und Gewalttäter sich als Biedermänner Zustimmung erschleichen. Gerade dort, wo Neonazis durch systematische Dominanz den öffentlichen Raum beherrschen, brauchen wir Gegenöffentlichkeit und Unterstützung derer, die den Rechten offen entgegen treten.

Zivilgesellschaftliche Strukturen unterstützen

Demokratische Kultur meint ein Klima der Toleranz und gegenseitigen Akzeptanz, Angstfreiheit für alle und das Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger. Sie ist die beste Versicherung gegen autoritäre und rassistische Versuchungen. Es ist die Aufgabe der demokratischen Parteien, Vorschläge für eine größere Transparenz des politischen Systems und für bessere Entscheidungs- und Beteiligungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger vorzulegen. So treten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Brandenburg seit langem für eine Verbesserung der

gesetzlichen Grundlagen für Volksentscheide ein und für mehr Transparenz des Regierungshandelns, z.B. durch öffentliche Sitzungen der Landtagsausschüsse und Einführung eines Bürgerhaushaltes auf kommunaler Ebene.

Auf Bundesebene wurden auf Initiative von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Haushaltsausschuss Programme gegen Rechtsextremismus ins Leben gerufen (Civitas, Entimon und Xenos). Seit 2001 erhalten diese Initiativen als Modellprojekte Förderung aus dem Bundeshaushalt. Diese Mittel ermöglichen mobile Beratung vor Ort, Beratung von Opfern rechtsextremer Gewalt und eine Vielzahl von lokalen Projekten zur Unterstützung der Zivilgesellschaft. Diese Programme der rot-grünen Bundesregierung tragen damit zum Aufbau und zur Stärkung wichtiger zivilgesellschaftlicher Strukturen bei.

Wir begrüßen, dass der Haushaltsausschuss beschlossen hat, die Mittel für zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Rechtsextremismus und Rassismus im Jahr 2005 auf insgesamt 19 Millionen Euro zu erhöhen. Eine Fortschreibung halten wir für dringend notwendig.

Dieses zivilgesellschaftliche Engagement bedarf auch in den Folgejahren der langfristigen Unterstützung durch die Bundesregierung sowie durch die Länder, denn besonders in Ostdeutschland gibt es immer noch einen großen Nachholbedarf in der Stärkung einer selbstbewussten demokratischen Kultur und der Bildung von Netzwerken gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Brandenburg sehen es im Einsatz gegen Rechtsextremismus als unerlässlich an, sich auf allen Ebenen offensiv für das demokratische System einzusetzen. Demokratische Strukturen müssen im Kindesalter vermittelt, bei Jugendlichen gestärkt und auch von Erwachsenen bewusst vertreten werden. Das Kennenlernen anderer Kulturen muss zum Bildungsauftrag der Schulen gehören.

In Brandenburg beteiligt sich seit der Wendezeit eine Vielzahl kleinerer und größerer Initiativen und Stiftungen gegen rechtsextreme Denkmuster und Strukturen in Brandenburg. Diesem zivilgesellschaftlichen Engagement messen wir höchste Wertschätzung bei.

Integration fördern

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kritisieren, dass die Integration von MigrantInnen (Kernstück des Zuwanderungsgesetzes) im Koalitionsvertrag mit keiner Silbe erwähnt wird. Kern des rechtsextremen Denkens sind Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Mit fremdenfeindlichen Parolen finden Rechtsextreme Gehör bis in die Mitte der Gesellschaft hinein. Interkulturelle Erfahrungen für die Bevölkerung sind wegen der geringen Zahl der MigrantInnen in Brandenburg (2,6%) nur selten möglich. Dies erfordert lokale Integrationskonzepte. Voraussetzungen der Integration von MigrantInnen sind nicht nur Angebote der Gesellschaft und die Bereitschaft der MigrantInnen, sondern auch eine Kultur der Offenheit und Anerkennung gegenüber Fremden in Brandenburg. Besondere Bedeutung erfahren hierbei die Ausländerbeauftragten, Kinder- und Jugendarbeit sowie internationale Austauschprogramme.

Von der neuen Brandenburger Landesregierung erwarten wir:

- Wir begrüßen, dass sich die neue Landesregierung im Koalitionsvertrag weiterhin im Grundsatz zum Handlungskonzept Tolerantes Brandenburg gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit bekennt und insbesondere die Fortsetzung der Arbeit der Mobilien Beratungsteams und des Aktionsbündnisses zusichert. Angesichts der in den letzten Jahren gekürzten Mittel für das Aktionsbündnis, das Büro der Ausländerbeauftragten und die Regionalen Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule (RAA) ist allerdings höchst fraglich, welcher Wert diesen Aussagen im Koalitionsvertrag beigemessen werden kann.

- Die im Koalitionsvertrag angekündigte Umstrukturierung der Landeszentrale für politische Bildung, mit neuem Schwerpunkt auf der Bekämpfung des Rechtsextremismus, muss beinhalten, dass weiterhin auch Projekte zur Stärkung der Zivilgesellschaft und demokratischer Kultur gefördert werden.
- Neben der Aufklärung und Sensibilisierung von Kindern und Jugendlichen gegenüber rechtsextremistischem und fremdenfeindlichem Gedankengut muss die Stärkung demokratischer Strukturen weiterhin höchste Priorität haben.
- Die Brandenburger Landesregierung wird dazu aufgefordert, den gerade übernommenen Vorsitz in der Länderkammer Bundesrat 2004/2005 entsprechend zu nutzen, den derzeit vorbereiteten Entwurf des Antidiskriminierungsgesetzes der Koalition von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, entsprechend der vorgegebenen Umsetzung der EU - Richtlinien, auch im Bundesrat mit dem anstehendem Gesetzgebungsverfahren, konstruktiv zu begleiten und das Gesetz schnellstmöglich zu verabschieden. Das neu entstehende Antidiskriminierungsgesetz soll Benachteiligungen im Wirtschafts- und Arbeitsleben aufgrund des Geschlechts, der ethnischen Herkunft, der sexuellen Identität, der Religion oder der Weltanschauung, des Alters oder auf Grund einer Behinderung wirksam entgegenzutreten. Der wichtigste Aspekt des Gesetzesvorhabens ist das präventive Wirken gegen Diskriminierung und die Klärung elementarer Fragen der gesellschaftlichen Teilhabe.
- Stärkung der Demokratie bedeutet auch Stärkung der Beteiligungsmöglichkeiten. Ob Havelausbau, Kindertagesstätten, Ausbau des Flughafens Schönefeld, Bombodrom und anderes mehr: Brandenburgs Bürgerinnen und Bürger wollen mitreden. Deshalb wollen wir eine faire Chance für Bürger- und Volksbegehren. Dazu muss es möglich sein, auch über finanzwirksame Fragen Bürgerentscheide durchzuführen, die Beteiligungsquoten zu senken und die Sammlung von Unterschriften für Volksbegehren auch unabhängig von öffentlichen Einrichtungen zuzulassen.
- Die Kofinanzierungen für Bundes- wie EU-Programme müssen von Landesseite gewährleistet werden.
- Der unausgesprochene Konsens der brandenburgischen Öffentlichkeit, die Präsenz der DVU-Fraktion im Landtag möglichst nicht zu erwähnen, ist gescheitert. Wir erwarten für die nächste Legislaturperiode von allen politischen AkteurInnen eine offensive Auseinandersetzung mit den Aktivitäten dieser Fraktion, wir wollen sie aus ihrem Schattendasein holen und ihre politische Unfähigkeit ans Licht bringen.
- Als Grundlage für die Einsetzung der neuen Härtefallkommission fordern wir ein Gesetz. Nur so lassen sich die Zusammensetzung der Kommission und ihre materielle Ausstattung regeln. Die Unabhängigkeit gegenüber der Regierung und den nachgeordneten Behörden ist durch geeignete Verfahrensregeln sicher zu stellen. Die Zusammensetzung der Kommission sollte in Anlehnung an den bereits bei der Ausländerbeauftragten existierenden Beirat für Härtefälle erfolgen. Die Einführung per Verordnung, wie geplant, und die Anbindung an das Innenministerium dürften einer Härtefallkommission von vornherein kaum Wirkungsmöglichkeiten einräumen.